

Ausführung des mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Zolltariffs, sowie den ersten Nachtragsetat angenommen. Voraussichtlich in positivem Sinne erledigen dürfte er noch den zweiten Nachtragsetat, die Zucker- und die Branntweinsteuer-Novelle, sowie die Entwürfe betreffend die Bestrafung des Sklavenraubes und die Kaiserlichen Schutztruppen in Südwestafrika und Kamerun. Abgelehnt hat der Reichstag die sogenannte Umsturzvorlage und den Entwurf über die Tabakfabriksteuer. Ob er die begonnenen Beratungen über den Entwurf betreffs der anderweitigen Ordnung des Reichsfinanzwesens und über die auf die kommunale Weinbesteuerung bezügliche Novelle zum Zollvereinigungsvertrage noch zu ihrem Ende führen wird, ist zweifelhaft, jedenfalls sind die Aussichten für beide Entwürfe nicht günstig. Sicher unerledigt dürften die Gewerbeordnungs-Novelle und die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, sowie zum Strafgesetzbuch bleiben. Niemand wird bestreiten wollen, daß das Ergebnis der diesmaligen Arbeit des Reichstages gegenüber dem großen Umfange des ihm seitens der verbündeten Regierungen vorgelegten gesetzgeberischen Materials dürftig ist. Jedenfalls hat er die wichtigeren Entwürfe theils abgelehnt, theils überhaupt nicht erledigt.

Der Rücktritt des Grafen Kalnoy von der Leitung der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns ist ein Ereignis ersten Ranges. Die Tragweite dieser Demission sowohl für die inneren Verhältnisse der beiden Reiche der Krone als auch für die internationale Politik läßt sich heute noch nicht ermessen. Wir müssen uns vorläufig auf kurze Daten aus dem Leben und der Wirksamkeit des Staatsmannes beschränken. Graf Kalnoy bestieg das Amt des gemeinschaftlichen Ministers der österreichisch-ungarischen Monarchie seit dem 21. November 1881. Sein Vorgänger war Frhr. v. Hammerle. Seine diplomatische Laufbahn begann Graf Kalnoy (geboren am 29. Dezember 1832 auf Lutowitz in Mähren) als Attaché bei der österreichischen Gesandtschaft in München, 1857 kam er in gleicher Eigenschaft nach Berlin und wurde 1860 als Legationssekretär nach London versetzt. In dieser Stellung verblieb er zehn Jahre, wurde dann zur Disposition gestellt und 1874 zum Gesandten in Kopenhagen, 6 Jahre später aber zum Botschafter am russischen Hofe ernannt. Von hier wurde er nach dem Tode Hammerles zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten nach Wien berufen. Dem Beispiele des Grafen Andrássy folgend, trat er für das Zusammengehen Oesterreich-Ungarns mit Deutschland ein und erwarb sich damit unvergängliche Verdienste um die Erhaltung des europäischen Friedens. — Sein Nachfolger Graf Agenor Soluchowsky ist erst 46 Jahre alt. Er war 1872 Botschaftsattaché in Berlin, später in Paris, wo er seine jetzige Gemahlin kennen lernte. Die von ihm angestrebte Ernennung zum Botschafter in Paris unterblieb mit Rücksicht darauf, daß seine Gemahlin eine gebürtige Französin ist. Der Kaiser selbst ersuchte Kalnoy, ihm einen Nachfolger zu empfehlen, worauf Kalnoy Soluchowsky vorschlug.

Deutsches Reich. Wie man aus parlamentarischen Kreisen mittheilt, wird die preussische Regierung dem Landtage gleich nach Pfingsten einen Gesetzentwurf zur Aenderung des Vereinsgesetzes vorlegen, an dem zur Zeit im Ministerium des Innern eifrig gearbeitet wird.

Die „Köln. Z.“ führt einen heftigen Kampf gegen den preussischen Minister v. Köller. Sie bringt ihn direkt in Gegensatz zum Fürsten Hohenlohe. Sie behauptet in einer Besprechung des Austritts des Herrn v. Köller, daß der Minister auf einen Konflikt hinzielt und fordert, daß dem Reichskanzler in seiner schweren, verantwortungsvollen Stellung Rathgeber zur Seite stehen, welche nicht den Anschein erwecken, als wollten sie über seinen Kopf hinaus handeln. Die „Kölnische“ versichert, sie habe gründlich genug hinter die Coulissen geschaut, um beurtheilen zu können, wie gering augenblicklich ihr höheres Beamtenthum die Zahl tüchtiger Ministerkandidaten sei; wie es die Mehrzahl von ihnen vorziehe, sich einer Ministerstellung zu entziehen, weil ihnen die parlamentarische Schulung fehle. Herr v. Köller fehle es nicht an reicher parlamentarischer Erfahrung. Er habe in seiner bisherigen siebenmonatlichen ministeriellen Thätigkeit die Ueberzeugung wahrgenommen, daß sein burschöflicher Standpunkt, das „wenn nicht, dann nicht“ der Grundanschauung seines constitutionellen Denkens entspringe. Das bei weiterer Durchführung dieses Standpunktes ein Stecken der Maschine oder ein bitterer Konflikt mit dem Reichstage entstehen müsse, bedürfe keiner weiteren Darlegung. Es dürfte sich empfehlen, die positiven Leistungen mit dem hochfahrenden, geringschätzigen Ton zu vergleichen; denn ein schneidendes Wort wie nur dann wohlthätig, wenn es von einer bedeutenden geistigen Kraft getragen werde.

Für die Dauer der Feiertage bis zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals, und zwar vom 16. bis 23. Juni, wird in Kiel ein „amtliches Auskunfts-Bureau“ in dem früheren Stationsgebäude der kaiserlichen Marine eingerichtet, das, wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ mittheilt, unentgeltlich Auskunft erteilen soll. Das Bureau wird von Morgens 7 bis Abends 8 Uhr geöffnet sein und folgende Abtheilungen umfassen: 1) Eine Dolmetscherabtheilung; 2) eine Abtheilung für Post- und Telegraphenangelegenheiten, Annahmestelle von Telegrammen, Fernsprechkarte; 3) eine Abtheilung für Eisenbahn- und Dampferverkehrslehre; 4) eine Abtheilung für Wohnungs- und Verpflegungsangelegenheiten, Einkäufe, persönliche Auskünfte, Stadtoberkehr, Verschiedenes; 5) eine Abtheilung für Marine- und Hafensangelegenheiten, Hafensprecher; 6) Auskunftsstelle über Festlichkeiten und Vergnügungen.

Zum Rücktritt Kalnoy's schreibt die „N. A. Z.“: Wie auch Wiener Blätter hervorheben, ist die Krisis, die zu dem Rücktritt des Grafen Kalnoy führte, deren Entstehung und Verlauf eine innere Angelegenheit Oesterreich-Ungarns. Der Rücktritt werde in Deutschland bedauert, da die freundschaftliche Gesinnung Kalnoy's für Deutschland, sein umsichtiges folgerichtiges Wirken im Sinne der bestehenden Bündnisse und seine Verdienste um den Erfolg der gemeinsamen Freie-

denpolitik in Berlin immer in hohem Maße geschätzt werden. Gleichwohl sei das Ausscheiden Kalnoy's kein Grund zu Besorgnissen, da man vollste Ursache habe, der bewährten Gesinnung und politischen Weisheit des Kaisers Franz Joseph zu vertrauen. Die Traditionen der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns würden keinerlei Störungen erleiden, da die Krisis ausschließlich auf internen Gründen beruhe und namentlich das Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich außer dem Spiele sei.

Die „Post“ hört aus konservativen Kreisen die Meldung der „Volksztg.“, die Konservativen des Herrenhauses wollten einen Beschluß einbringen, wonach das Herrenhaus sich für die Befestigung des allgemeinen, geheimen und direkten Reichstagswahlrechts aussprechen solle, beruhe auf Erfindung. Der „Post“ wird von wohlunterrichteter Seite versichert, es sei weder ein solcher Antrag von den Konservativen gestellt, noch beabsichtigt, einen solchen einzubringen.

Vom Reichstag. Zur Berathung stand gestern das Zuckersteuer-Notthgesetz. Staatssekretär Graf v. Posadowsky begründete zunächst die Vorlage mit dem Hinweis auf die ungünstige Lage der Zuckerindustrie. Es handle sich weniger um ein Interesse der Industrie als der Rübenanbauer (Sehr richtig! rechts); das bitte ich die Herren von den Banken zu bedenken. Gerade die Sozialdemokraten wollen ja ihrem Programm gemäß den schwächeren und kleineren Leuten helfen. Die Ablehnung der Vorlage würde die agrarische Bewegung im Lande nur verstärken. Wir haben die Prämien allmählich herabgesetzt und ihre gänzliche Aufhebung in Aussicht genommen. Ein Blick auf die anderen Staaten lehrt uns, daß wir jetzt innehalten müssen. Wir sind kein isolirter Staat, sondern müssen uns nach den anderen richten, damit wir die Zuckerindustrie lebensfähig erhalten. Die Prämien sind, rein sachlich betrachtet, etwas wirtschaftlich Verheerendes, die Ueberproduktion ist die Folge davon. Wollten wir, solange andere Staaten Prämien zahlen, darauf verzichten, so würden wir vom Weltmarkt verdrängt werden. (Sehr richtig! rechts.) Den Schaden trüge dann die Landwirtschaft, denn der Verlust durch die niedrigen Zuckerpreise würde von den Fabriken auf die Rübenanbauer abgewendet, die Industrie würde stagniren, Leben würde der Provinz. Redner giebt alsdann eine Uebersicht über die hiesigen Zuckerpreise und die Produktionskosten. Die Regierung habe nur ein Notthgesetz vorgelegt, kein definitives, da aus den theilhabenden Kreisen so viele Vorschläge gemacht würden, daß eine Sichtung und Klärung derselben notwendig sei. Ein Reformgesetzentwurf sei ausgearbeitet und liege dem preussischen Staatsministerium vor, er könne aber in dieser Session dem Reichstage nicht mehr vorgelegt werden. Daher hätten sich die Regierungen darauf beschränkt, ein Notthgesetz einzubringen; sie hoffen, daß es gelingen werde, die Zuckerprämien später überall abzuschaffen. Der Schwerpunkt liege darin, daß die internationalen Verhandlungen von Erfolg seien; blieben sie erfolglos, so müsse man darüber beraten, ob nicht die ganze Zuckersteuer auf eine andere Grundlage zu stellen sei, damit Deutschland nicht vom Weltmarkt verdrängt würde. Abg. Dr. Meyer-Halle (frei. Ver.) erklärte, daß die Freisinnigen der Zuckerindustrie keineswegs gleichgültig gegenüberstünden, sie seien aber der Meinung, mit diesem Notthgesetz werde eine falsche Bahn beschritten. Preussischer Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein: Zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland seien Verhandlungen behufs einer gleichmäßigen Regelung der Zuckerprämien eingeleitet. Wollte Deutschland durch diese Verhandlungen eine feste Produktion erreichen, so müsse der Reichstag mit der Regierung gehen und zeigen, daß Deutschland den Konkurrenzkampf durch Prämien aufnehmen werde. Die deutsche Zuckerindustrie befinde sich in einer Krisis; könne sich das Reich nicht zum Eingreifen entschließen, so werde die Krisis für die Industrie und den Rübenbau eine akute. Der Minister legt sodann an einzelnen Beispielen, u. A. an den preussischen Domänen einzelner Bezirke, die schwere Gefahr dar, welche zweifellos der Rückgang der Rübenindustrie mit sich bringen würde; die Domänenverwaltung würde ungefähr 4 Millionen Mark einbüßen. Der Vorredner habe auf das Unberechtigte der Materialsteuer hingewiesen; er sei der entgegengesetzten Ansicht, gerade die Materialsteuer habe die deutsche Zuckerindustrie gefehlet. (Sehr richtig! rechts.) Für die Fabriksteuer komme erst später die Zeit, wenn der Konkurrenzkampf mit dem Auslande vorüber sei. Nur auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Wege komme man zum Ende des Konkurrenzkampfes. Er bitte dringend, das Gesetz anzunehmen, das bis zum Jahre 1897 gelten solle. Inzwischen solle alles geschehen, um eine definitive Regelung zu erreichen. Abg. Spahn (Centrum) erklärt namens seiner politischen Freunde, daß sie der Vorlage zustimmen würden. Abg. Paasche (nat.-lib.) spricht gleichfalls seine Zustimmung aus und hofft, daß für die Landwirtschaft heute nicht nur eine platonische Bereitwilligkeit ausgesprochen werde. Er möchte eine Resolution vorschlagen, die Regierungen zu ersuchen, ein neues Zuckersteuergesetz vorzulegen, welches erhöhte Zuckerprämien gewährt. Er halte es nicht für richtig, die Prämien durch internationale Verhandlungen ganz zu beseitigen. Die Annahme einer solchen Resolution werde seiner Meinung nach die Position der Regierung kräftigen. Abg. Schippel (Soc.) bekämpft die Vorlage unter eingehender Kritik des ganzen Systems der Prämienemährung. Abg. Staudy (Soc.) spricht namens seiner politischen Freunde den beiden Vorrednern, die für die Vorlage gesprochen haben, für ihr Entgegenkommen den lebhaftesten Dank aus. Der Grundgedanke sei für viele Theile unseres Vaterlandes eine Nothwendigkeit und habe seine Pflichten bisher glänzend erfüllt. Wenn durch ein internationales Uebereinkommen die Befestigung der Prämien ermöglicht werde, so begrüße er dies mit besonderer Freude, dergleichen die Neuregelung der Zuckersteuergesetzgebung. Gegen den Antrag Paasche habe sich jedoch ein Theil seiner Freunde entschieden erklärt. Er wüßte, daß das Haus der heutigen Vorlage zustimme und auch später die Anträge seiner Partei zu Gunsten der Land-

wirtschaft unterstütze. (Beifall rechts.) Abg. Köstke (d. L. Z.): Alle Seiten des Hauses sprächen den Wunsch aus, daß durch internationale Verhandlungen die Befestigung der Zuckerprämien gelingen möge; in einem solchen Augenblicke wäre es eine Verlehrtheit, der Regierung die Hände zu binden durch Annahme des Antrages Paasche. Redner befürwortet schließlich das Notthgesetz. Staatssekretär Graf v. Posadowsky weist die Ausführungen des Abg. Schippel als unzutreffend zurück. Das Ausland habe seine Zuckerindustrie so vervollkommen, daß die Konkurrenz sehr beträchtlich sei. Abg. Leuschner (Rp.) erklärt, daß seine Partei mit der Vorlage einverstanden sei. Abg. Szynula (Str.) stimmt der Vorlage zu; er bedauert nur, daß das angekündigte definitive Gesetz noch nicht vorliege und befürwortet die Resolution Paasche. Abg. Lohse (dtsch. Resp.) spricht sich kurz für die Vorlage aus. Abg. Paasche (nat.-lib.) bekämpft die Behauptung des Abg. Schippel, daß im Auslande die Prämien mehr herabgesetzt würden, als in Deutschland. Hiermit schließt die erste Berathung. Zur zweiten Berathung, die sofort beginnt, ist ein Antrag Spahn (Centrum) eingebracht, der Vorlage einen zweiten Absatz hinzuzufügen, wonach der Bundesrath ermächtigt sein soll, die Prämie dauernd oder vorübergehend zu ermäßigen oder ganz außer Kraft zu setzen, falls andere Länder die Prämien ermäßigen oder beseitigen. Abg. Richter (fr. Vp.) wünscht, daß die Zuckerindustrie endlich Ruhe erhalte; diese Ruhe und die internationalen Verhandlungen würden durch die Ablehnung der Vorlage am besten gefördert werden. Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt kurz, daß die verbündeten Regierungen den Antrag Spahn acceptiren. Hierauf wird der Antrag Spahn einstimmig angenommen. Bei der hierauf folgenden Abstimmung über die ganze Vorlage mit dem Zusatz Spahn werden 140 Stimmen für und 46 Stimmen gegen die Vorlage gezählt. Das Haus ist also beschlußfähig und vertagt sich deshalb auf Montag.

Oesterreich-Ungarn. Gegenüber einem Wiener Blatte, daß seine Mittheilung über das Scheiden des Grafen Kalnoy mit den Worten schließt, der Schluß sei noch nicht geschlossen, wird dem „Bester Lloyd“ aus Wien gemeldet, daß damit höchstens angedeutet werden könnte, der Numenius Agliardi werde früher oder später seinen Posten verlassen. Was den ungarischen Ministerpräsidenten betreffe, so habe das Scheiden Kalnoy's unter den heutigen Umständen keinen anderen Sinn, als den der Befestigung der Stellung des ungarischen Cabinets gegenüber allen seinen Widersachern und der Stärkung der liberalen Partei, deren Fähigkeit im Interesse nicht nur Ungarns, sondern auch der gesammten Monarchie an maßgebender Stelle anerkannt wurde, weil diese Partei eine feste Basis für jede gesunde auswärtige Politik, namentlich für den Dreibund bilde.

Türkei. Die Botschafter des Dreifundes für die armenischen Reformen: Frankreich, England, Rußland, haben in Konstantinopel den Reformvorschlag für Armenien überreicht. Wie und ob er durchgeführt wird, ist zweifelhaft, aber die Mohammedaner in London haben darauf wie auf die jüngste armenische Enttäuschung eine Antwort ertheilt. Am 15. d. M. wurde eine Versammlung von Mohammedanern und deren Freunden abgehalten, bei der beschlossen wurde, Einspruch zu erheben gegen die schmächtige Verleumdung der mohammedanischen Religion und den Kreuzzug, der augenblicklich in England gegen den Islam gepredigt werde, zumal auf dem 7. Mai in St. James-Hall abgehaltenen armenischen Meeting. Der Abgeordnete Sir Ashmead Bartlett trat mit warmen Worten für die Berichtigung des Islam und der türkischen Regierung ein und jügte hinzu, wenn in Armenien wirklich die berichteten Schandtaten stattgefunden hätten, sei der Sultan gewiß der erste, der die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen werde. Die „Daily News“ berichtet inzwischen wieder in spaltenlangen Mittheilungen ihres Vertreters in Armenien über die Grausamkeiten, die in türkischen Gefängnissen gegen die ungefähr 3000 politischen armenischen Gefangenen begangen wurden.

Wie eine kürzlich in Konstantinopel veröffentlichte Statistik der Bevölkerungsverhältnisse in Kleinasien feststellt, ist die Zahl der in den einzelnen Bezirken ansässigen Mohammedaner und Türken überall bedeutend größer als jene der Armenier. Es befinden sich in Kleinasien zusammen 6 1/2 Millionen Muselmanen und Kurden und nur 962000 Armenier. Das ist schließlich kein Wunder, wenn man bedenkt, wie furchtbar unter den Armeniern mit Feuer und Schwert und gewaltsamer Befehring bereits aufgeräumt worden ist.

Deutliches und Sächsisches.

Riesa, 18. Mai 1895.

Das erste Concert der beginnenden Saison soll nächsten Dienstag Abend im Stadipark stattfinden und zwar von der bestrenommirten Capelle des 10. Infanterie-Regiments Nr. 134 unter Leitung des Herrn Musikdirector Johrom. Hoffentlich bessert sich das Wetter bis dahin so weit, daß der Aufenthalt im Freien angenehm ist, es würde alldann gewiß auch ein guter Besuch dem Concert nicht fehlen. Sollte die gegenwärtige unglückliche Witterung anhalten, so wird das Concert im Saale des „Wettiner Hofes“ stattfinden.

Auf seinem Markte nach dem Schießplatz Beithain kam heute Mittag das 10. Infanterie-Regiment Nr. 134 hier durch. Dasselbe war vergangene Nacht in Dösch und dessen nächster Umgebung verquartiert gewesen. Auf dem Schießplatz hält das Regiment in den nächsten Tagen Exercier- und Schießübungen ab.

Der Leichnam des, wie gemeldet, verunglückten Steuermanns Petters aus Ostrau bei Schandau ist am Dienstag bei Kreinitz in der Elbe angekommen und aufgehoben worden.

Am Elbufer eines nicht weit von unserer Stadt entfernt liegenden Ortes landete vor einigen Tagen der Leichnam eines ca. 18jährigen gut gekleideten Mädchens. Nachdem die Bemühungen, die Identität desselben festzustellen,